

Tagung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein:  
Zukunftsfelder bestellen – EU-Agrarreform – Chancen für eine Nachhaltige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein am Montag, 1. Dezember 2003 in der Ostseehalle Kiel

## Entkoppelung und Wettbewerbsfähigkeit – Wie kann der Systemwechsel organisiert werden?

GEROLD RAHMANN<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Institut für ökologischen Landbau der FAL, Trenthorst

### Einleitung

Die Landwirtschaft der Europäischen Union steht seit 1992 in einem Reformprozess. Neben der zentralen Funktion der Agrarpolitik - der Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion und der sozio-ökonomischen Abfederung des Strukturwandels – ist die Multifunktionalität der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes hinzugekommen. Im Rahmen der finanziellen Grenzen der gemeinsamen Agrarpolitik (Ausdehnung der EU bei stagnierendem Haushalt) und auch welthandelspolitischer Strategien (WTO) ist die Entkoppelung der Agrarförderung von der Produktion zentraler Ansatz der AGENDA 2000 eingeleitet worden. Mit den Luxemburgern Beschlüssen zur Agrarpolitik vom 23. Juni 2003 ist eine weitere Entkoppelung bis 2015 angestrebt. Die bisher gewährten Prämien für Ackerfrüchte, Tiere etc. sollen ab 2005 direkt als Flächenprämie an die Landwirte ausgezahlt werden. Die Umsetzungsart und –geschwindigkeit ist in die Verantwortung der Mitgliedsstaaten gegeben worden. Diese müssen bis Mitte 2004 berichten, wie sie vorgehen wollen. Dabei stehen verschiedene Modelle zur Verfügung:

- Teil- oder Vollentkoppelung der produktionsgebundenen Prämien
- Flächenprämien als Betriebsmodell oder Regionalmodell
- Einheitliche oder differenzierte Prämien auf den Agrarflächen

Tabelle 1: Die Vor- und Nachteile des Regionalmodells

- |   |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• <u>Nachteile:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Leistungen der Vergangenheit nicht gewürdigt</li> <li>– Bisherige Betriebsentscheidungen ökonomisch unsicher</li> <li>– Flächenarme Spezialisierungen benachteiligt</li> </ul> </li> <li>• <u>Vorteile:</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Stichtagsregelung: 1.1.2005</li> <li>– Gleiche Prämienhöhe auf gleichwertigen Flächen</li> <li>– Gleiche Förderung der Regionen</li> <li>– Berücksichtigung aller landwirtschaftlichen Flächen</li> <li>– Vorwärtsgerichtet und wettbewerbsorientiert</li> <li>– Dem Steuerzahler und der Gesellschaft besser zu vermitteln</li> </ul> </li> </ul> |
|---|

Deutschland hat sich für eine Vollentkoppelung ausgesprochen. Die Umsetzung hat jedoch vielfältige Diskussionen ausgelöst. Insbesondere die einzelbetrieblichen ökonomischen Auswirkungen sind sehr unterschiedlich. Für einige Betriebe ist das Betriebsmodell, für andere das Regionalmodell von Vorteil. Grundsätzlich wird von der Politik das Regionalmodell favorisiert, jedoch durchaus die damit verbundenen teilweise gravierenden ökonomischen Probleme bestimmter Betriebstypen gesehen. Auch wenn es nicht nur

Gewinner sondern auch Verlierer bei der Entkoppelung geben wird, so wird doch heftig darum gerungen, wie Härtefälle am besten abgedeckt werden kann.

### Wie sieht es in Schleswig Holstein aus?

Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft ist einer der produktivsten der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Grunde sind z.B. die Flächenbeihilfen für die Getreideproduktion die Höchsten von allen Bundesländern. Auch gibt es viele spezialisierte tierhaltende Betriebe mit hohen Leistungen. Bislang haben viele Betriebe von den Agrarsubventionen profitiert. So wurden im Referenzzeitraum 2000-2002 durchschnittlich 217 Mio. € Ackerprämien, 79 Millionen € an Tierprämien an rund 14.700 Bäuerinnen und Bauern ausgezahlt. Bei der kommenden Milchausgleichsprämie kommen noch 83 Millionen hinzu. Diese rund 380 Millionen € Prämien sollen ab 2005 auf die Fläche bezogen ausbezahlt werden.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie die Verteilung gestaltet wird und welche Flächen prämiensberechtig werden können. In Schleswig-Holstein werden 622.500 ha Ackerland, 362.000 ha Grünland landwirtschaftlich und weitere rund 70.000 ha in irgendeiner anderen Form (z.B. Pferdehaltung, Naturschutz) genutzt. Die letzteren Flächen sind bislang nicht prämiensberechtig gewesen, können es aber potenziell werden. Da die Prämiensumme nicht erhöht werden kann, geht dieses nur, wenn der Prämiensatz auf den üblichen Acker- und Grünlandflächen insgesamt geringer ausfällt. Dieses missfällt den Bäuerinnen und Bauern, die prämiensfähige Flächen bewirtschaften. Sie machen geltend, dass nur ihnen die Prämien zustehen, da sie diese schließlich „erwirtschaftet“ hätten, z.B. die Pferdehalter aber nicht.

Weiterhin gibt es unterschiedliche Auswirkung der Entkoppelung auf die verschiedenen Betriebstypen. So gab es 2002 rund

- 6.200 Milchviehhalter, die Milchquotenrechte haben,
- 4.900 Ackerbauern, die mehr als 75% ihres Einkommens aus dem Ackerbau erwirtschaften (hierzu gehören auch die Schweinehalter),
- 2.000 Bullenmastbetriebe, wo die Bullenprämien höher ist als die umgerechnete Milchprämien
- 1530 Mutterkuhhalter
- 3260 Grünlandbetriebe, wo eher flächenbezogene Milchproduktion, Bullenmast und Schafhaltung stattfindet

Einfache Ackerbau-, Mutterkuh- und Grünlandbetriebe würden durch das Regionalmodell profitieren, intensive Ackerbaubetriebe, spezialisierte Milchkuhhalter und intensive Bullenmäster verlieren (Abbildung 1). Je flächenintensiver die Produktion betrieben wurde - z.B. bei über 10.000 kg Milch pro ha oder bei Bullenmast mit Mais – um so höhere Prämien würden pro Hektar beim Betriebsmodell realisiert werden können. Beim Regionalmodell verlieren deswegen die intensiven Ackerbaubetriebe in Ostholstein (405 Betriebe) rund 7%, die Milchkuhhalter mit über 600.000 kg Milch (521 Betriebe) rund 27%, bei über 300.000 kg Milch (3.494 Betriebe) rund 21% und Bullenmäster mit Silomais (837 Betriebe) sogar rund 55% ihrer Prämien. Im Durchschnitt würden Bullenmäster und Milchkuhhalter aber „nur“ aber um 100 € pro ha über den Durchschnitt liegen. Nur 4% bzw. 620 Betriebe würden beim Betriebsmodell über 600 € pro ha und Hektar erzielen, dagegen aber 9% (1300) Betriebe aber unter 200 €/ha liegen. Gewinner gegenüber dem Betriebsmodell wären die Milchviehbetriebe in der Wilster mit +5%, die Mutterkuhhalter mit +77% aber auch die meisten Ackerbaubetriebe (4.900 Betriebe) mit +5%. Die Grünlandbetriebe haben aufgrund der Tierprämien im Durchschnitt kaum weniger Prämien pro Fläche als die Ackerbaubetriebe (Abbildung 2).

Trotz der großen langfristigen Vorteile für das Regionalmodell ist die Politik bestrebt, die Anpassung an die einheitlichen Flächenprämien über einen längeren Zeitraum zu realisieren. Hierfür wurden Kombinationen aus dem Betriebsmodell und dem Regionalmodell entworfen, die sogenannten Kombimodelle. So ist von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf dem Sonder-Agrarministerbesprechung am 27. November in Berlin der Vorschlag eingebracht worden, ab 2005 zunächst folgendes Kombinationsmodell einzuführen:

- ein regionalisierte Ackerflächen-Prämienrecht einzuführen, das sich aus dem Prämienvolumen für Ackerkulturen, Saatgut und 75% der entkoppelten Prämie für Stärkekartoffeln zusammensetzt (BRD: ca. 299 €/ha)
- ein Grünlandprämienrecht einzuführen, was sich aus den Schlachtprämien für Großrinder, dem nationalem Ergänzungsbetrag Rinder und der Extensivierungszuschläge für Rinder zusammensetzt (BRD: ca. 84 €/ha)
- eine betriebsindividuelle Zuweisung von 100% der Milchprämie zu gewähren, die sich aus Sonderprämien für männliche Rinder, der Mutterschafprämie, der Mutterkuhprämie, der

Schlachtpremie für Kälber, 100% der entkoppelten Prämie für Trockenfutter und 25% der entkoppelten Prämie für Stärkekartoffeln als Zuschläge auf die regional einheitlichen Acker- und Grünlandprämienrechte zusammensetzt.

Dieses Kombinationsmodell soll dann bis 2012 bzw. 2015 in ein vollständiges und einheitliches Regionalmodell überführt werden. So ist in der Variante 2012 vorgesehen, in den ersten drei Jahren die Betriebsprämien von 100% beizubehalten, um dann ab 2008 mit 90%, 2009 mit 75%, 2010 mit 55%, 2011 mit 30% in den „Gleitflug“ zu gehen und schließlich 2012 alle betriebsindividuellen Prämienrechte in einheitliche regionalisierte Flächenprämien umgewandelt zu haben.

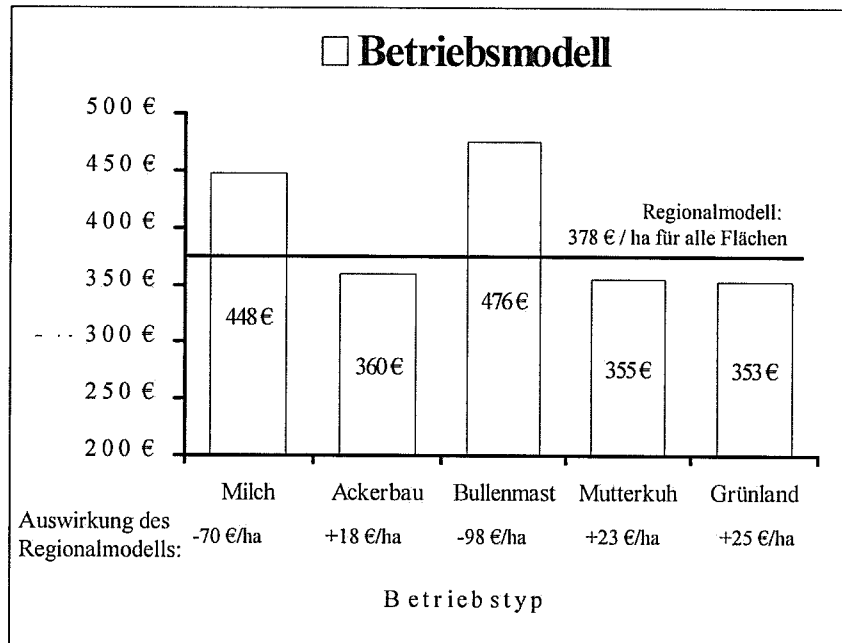


Abbildung 1: Auswirkung der Entkoppelung auf unterschiedliche Betriebstypen in Schleswig-Holstein (Quelle: MUNL-SH)

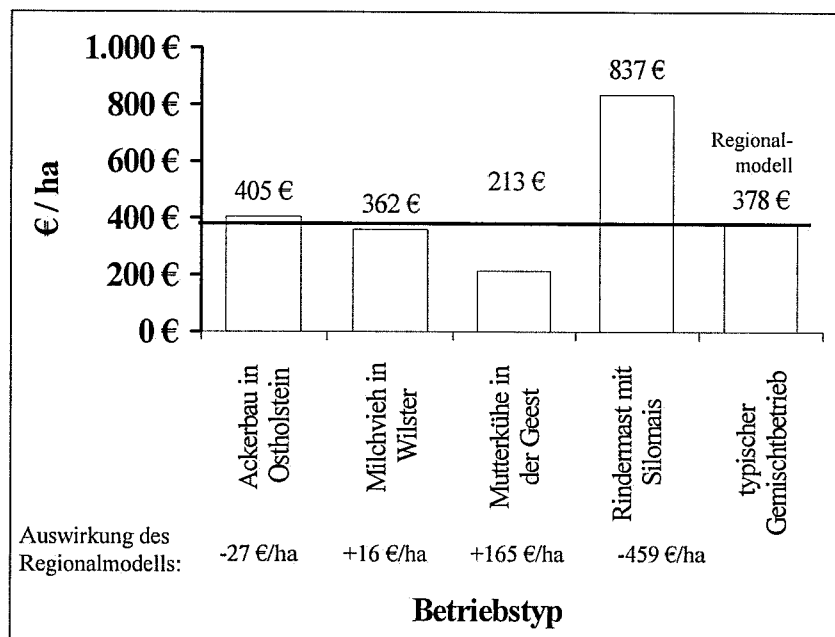


Abbildung 2: Auswirkung der Entkoppelung auf verschiedene Betriebstypen in den verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins (Quelle: MUNL-SH)

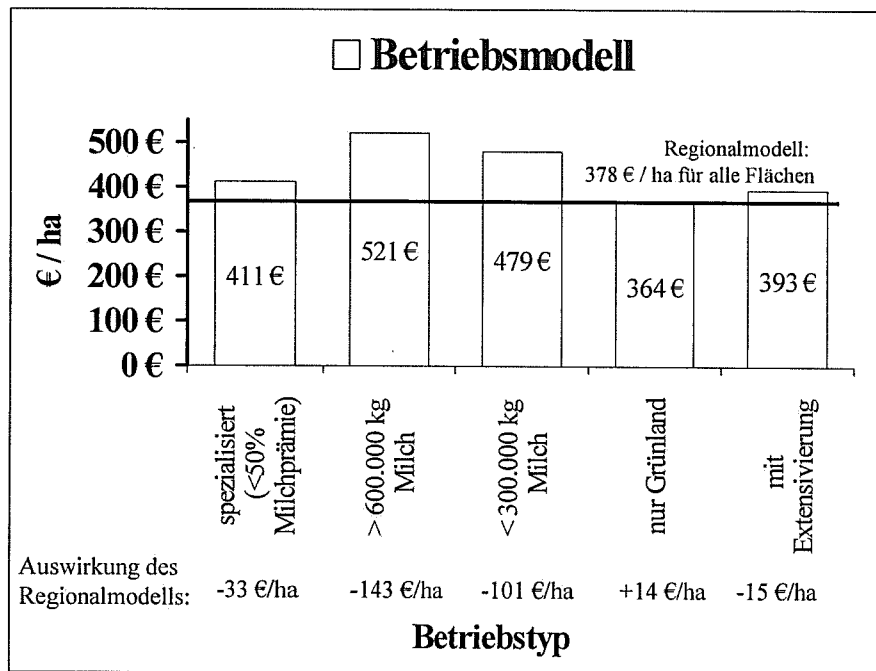


Abbildung 3: Auswirkung der Entkoppelung auf die verschiedenen Milch produzierenden Betriebe in Schleswig-Holstein (Quelle: MUNL-SH)

## Quellen

- Isermeyer, F. (2003): Gleitflug in die regionale Einheitsprämie – ein Vorschlag zur Enkopplung der Direktzahlung. Arbeitsbericht 07/2003, BAL, Braunschweig (<http://www.bal.fal.de>)
- MUNL-SH (2003): Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Entkopplung“ für die Sonder-Agrarministerbesprechung am 27.11.2003 in Berlin
- LWK-SH (2003): Die Agrarreform.
- Teil 1: Gewinner und Verlierer. Bauernblatt, 1. November, 26-31
- Teil 2: Entkoppelung und Betriebsmodell. Bauernblatt, 11. Oktober, 4-5
- Teil 3: Das Regionalmodell. Bauernblatt, 18. Oktober, 4-6
- Teil 4: Was will die Politik in Deutschland. Bauernblatt, 25. Oktober, 4-6
- Teil 5: Besonderheiten bei einigen Kulturarten. Bauernblatt, 1. November, 4
- Teil 6: Entkoppelung. Bauernblatt, 1. November, 5

## Symposium des Landwirtschaftsministeriums zur Agrarreform :

# Es geht vor allem um Planungssicherheit

Die großen Linien der Agrarreform und die Möglichkeiten ihrer nationalen Umsetzung sind weitgehend ausgehandelt, um die Details wird aber noch heftig gestritten. Zur Diskussion stehen Regionalmodelle und Übergangsfristen, die für einzelne Betriebe sehr schnell zu Existenzfragen werden können. Der Weg ist noch lang, bis jeder Betriebsinhaber weiß, was in den nächsten Jahren konkret auf ihn zukommt. Dabei ist Planungssicherheit die zentrale Forderung der Hofbesitzer, neben dem Wunsch, die bäuerlichen Einkommen zu sichern. Das ist das Ergebnis eines eintägigen Fachkongresses des schleswig-holsteinischen Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums in Kiel. Rund 200 Teilnehmer aus dem Ministerium, dem Bauernverband, der Universität, der Politik, Umweltorganisationen und der Landwirtschaft diskutierten über die besten Wege zur Umsetzung der Reform. Dass an ihr kein Weg vorbeiführt, war allen bewusst. Zu den Sorgen vieler Landwirte, wie sie künftig ihre Existenz sichern können, wussten aber auch die Experten wenig zu sagen.

Schlaglichtartig hatte Staatssekretär Peter Knitsch die Veranstaltung mit drei Thesen eingeleitet: Die Landwirte müssten auch nach der Reform ein angemessenes und auskömmliches Einkommen haben, die Prämienzahlungen müssten einem gerechten Maßstab folgen und die Bereiche Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz beachtet werden. Für Minister Klaus Müller ist das Regionalmodell deutlich besser als das Betriebsmodell. Dabei komme es aber darauf an, Einkommensbrüche zu vermeiden. Das Regionalmodell mit seinen einheitlichen Prämien müsse einen gleitenden Übergang ermöglichen. „Den brauchen wir“ versicherte

Müller. Aber: bis 2012 „müssen wir damit durch sein“. Klar ist für Müller auch, dass der Vorschlag des Bundeslandwirtschaftsministeriums für die Zahlung der Grünlandprämie nicht reicht. Für ihn liege der „Prämienzielraum“ deutlich über den diskutierten 100 Euro je Hektar - „irgendwo zwischen 100 und 150 Euro“, legte Müller die Messlatte an.

### Steensen: Strukturbrüche vermeiden

Bauernverbandspräsident Otto-Dietrich Steensen sprach den Landwirten aus dem Herzen, als er sagte, dass letztlich kein Modell der

Landwirtschaft hilft. Viele Landwirte müssten aufgeben und der Strukturwandel werde sich verschärfen. Umso mehr komme es darauf an, bei der nationalen Umsetzung die aktiv wirtschaftenden Betriebe zu stärken, Strukturbrüche zu vermeiden, die deutschen Landwirte vor Wettbewerbsnachteilen gegenüber den Bauern anderer Mitgliedsländer zu schützen und den bürokratischen Aufwand für die Betriebe als auch die Verwaltung einzuschränken. „Wir müssen jetzt gemeinsam darauf achten, dass Deutschlands Landwirte in der EU nicht ins Hintertreffen geraten und Schleswig-Holstein bei der nationalen Umsetzung nicht das absolute Nachsehen hat“, mahnte Steensen.

Bisher gebe es in keinem Modell für die Grünlandbetriebe eine Perspektive. Denn weder sei eine Acker- noch eine Grünlandprämie vorgesehen, sondern bei allen Modellen nur ein entkoppelter betrieblicher Zahlungsanspruch. Damit sei weder den Betrieben noch dem Standorterhalt der Grünlandregionen gedient, kritisierte der Präsident. Er sei aber Realist genug um zu wissen, dass das vom Bauernverband favorisierte Betriebsmodell auf Dauer weder in der Politik noch in der Gesellschaft zu halten sei. Aber die Landwirte bräuchten eine Übergangszeit, in der sie ihre Betriebe mit ihrer individuellen Betriebsinhaberprämie auf das neue System ausrichten könnten. Die Direktzahlungen wären dann eine Starthilfe für eine neue Zukunft. Deshalb wolle der Verband am 1. Januar 2005 mit einem reinen Betriebsmodell starten und bis 2013 die individuellen Betriebsinhaberprämien behalten. „Danach wollen wir dann in einem Schritt umsteigen auf die einheitliche Flächenprämie“, skizzierte Steensen das Modell des Verbandes.

Der Bauernverband sei auch gegen das Regionalmodell, weil es nie gekannte Strukturbrüche in der Landwirtschaft provoziere. Die Landwirte, die in der Vergangenheit versucht



„Zukunftsfelder bestellen“ – Diskussionsforum zur Agrarpolitik in Kiel

Fotos: Christiansen

hätten, ihre Betriebe entsprechend den politischen Vorgaben auf die Zukunft auszurichten, seien die Verlierer. „Wer investiert hat, wer gewachsen ist, wer seine Produktion intensiviert hat, der hat im Regionalmodell keine Zukunft“, sagte Steensen wörtlich. Hinzu komme, dass in dem Modell wesentlich mehr Flächen als bisher Direktzahlungen erhalten würden. Beispielsweise nannte Steensen die rund 6.500 Pferdehalter mit rund 30.000 Hektar Grünland, die Hobbytierhalter mit Rindern, Schafen und Ziegen auf Grünland sowie rund 20.000 Hektar Naturschutzflächen mit sehr geringem Viehbesatz. Es habe nichts gegen diese Tierhalter, betonte Steensen. „Aber wir wollen nicht, dass unsere Rinderhalter Prämien zugunsten von Nicht-Landwirten verlieren“, stellte er klar.

### „Purer Wahnsinn“

Dass auch die Politik von ihrem Modell nicht wirklich überzeugt sei, zeigten die zahlreichen Ergänzungen. Die Mehrheit der Bundesländer wolle eine Kombination von Betriebs- und Regionalmodell - das so genannte Kombimodell. Zur Vermeidung von Strukturbrüchen wird ein gleitender Übergang angestrebt, so dass nun das Kombi-Gleitmodell favorisiert werde. Komme es zu keiner Einigung zwischen den Ländern könnten die Länder flexibel verfahren - das Kombi-Gleit-Modell wäre geboren. „Ich nenne es den reinen Wahnsinn“ kritisierte Steensen und forderte „unbedingt“ ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer.

Der Geschäftsführende Direktor des Instituts für Agrarökonomie an der Uni Kiel, Prof. Dr. Uwe Latacz-Lohmann, forderte die Landwirte auf, die Chancen eines von der Produktion entkoppelten Einkommens zu erkennen und zu nutzen. Die Entkopplung fördere die Wettbewerbsfähigkeit und helfe dabei, neue Märkte und Betriebszweige zu erschließen. Außerdem sinke das von der Politik verursachte Risiko ständiger Veränderungen. Den Politikern riet der Wissenschaftler, die Landwirte Unternehmer sein zu lassen und sich darauf beschränken, Alternativen durch Spezialisierung oder Diversifizierung zu zeigen. Anpassungshindernisse sollte die Politik ausräumen, beispielsweise das Verbot, Grünland in Ackerland umzuwandeln. Davon seien die ohnehin schon schlechter gestellten Rindermast- und Milchbetriebe besonders betroffen. Der Vorteil des Betriebsmodells sei, dass man vor allem den Betrieben, die investiert hätten, die Liquidität erhalte. Nach seiner Einschätzung sei mit dem Kombimodell insgesamt ein guter Kompromiss gelungen.

Sein Kollege Dr. Gerold Rahmann, Leiter des Instituts für ökologischen Landbau der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Trenthorpe, mahnte mehr Verlässlichkeit für die Landwirte an. Der schlimmste Schaden für die Betriebe seien „immer neue Reförmchen“ der Politik. Rahmann präsentierte Modellrechnungen, mit welchen Einkünften die Landwirte durchschnittlich bei der Zahlung der Flächenprämien im Betriebsmodell rechnen könnten. Bei einer Durchschnittsprämie von 378 Euro je Hektar für alle Flächen hätten - wie bekannt - vor allem Milchviehbetriebe und Bullenmäster das Nachsehen. Ähnliche Werte ermittelte Rahmann für die unterschiedlichen Standorte und Betriebsformen. Seine Folgerung: Generell habe das Regionalmodell bei langfristiger Betrachtung Vorteile gegenüber dem Betriebsmodell. Für eine Übergangszeit sei als Kompromiss eine Kombination aus Betriebs- und Re-



Otto-Dietrich Steensen: Oberstes Ziel muss es sein, den aktiv wirtschaftenden Betrieb zu stärken

gionalmodell sinnvoll.

Die anschließende Diskussion förderte die ganze Bandbreite der unterschiedlichen Standpunkte zu Tage. Während Heinrich Kröger, Vorstandsmitglied des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Bundesländern fürchtet, plädierte Hans-Erich Mangelsen, Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Plensburg, nachdrücklich für die individuelle Betriebsprämie. Sein auf Milchvieh spezialisierter Betrieb stehe im Regionalmodell auf dem Spiel, denn mit Einkommensverlusten von rund 25 Prozent könne niemand wirtschaften.

Auch die Wortmeldungen aus dem Publikum machten die unterschiedlichen Positionen deutlich: Hier das Regionalmodell, „mit möglichst langer Übergangszeit“, dort das klare Votum für die individuellen Betriebsprämien. Auf den Punkt brachte es ein Landwirt mit einem Rinderzuchtbetrieb aus dem Kreis Steinburg. Das künftige Modell müsse vor allem „Zukunftsfähigkeit auf den Höfen produzieren“. „Wir brauchen die Planungssicherheit nicht in zehn oder 15 Jahren, wir müssen heute Sicherheit für morgen haben, damit wir wissen, ob wir überhaupt noch investieren können“. Den Hinweis griffen sowohl Minister Müller als auch Otto-Dietrich Steensen auf. Beide versicherten, dass das Problem erkannt sei und an „Übergangslösungen“ gearbeitet werde. Schließlich gehe es um die Investitionsfähigkeit und die Kreditwürdigkeit vieler Betriebe, so Steensen.

Skepsis über die künftige Entwicklung ließ nochmals Heinrich Kröger erkennen. Planungssicherheit gebe es praktisch nicht. Ab Mitte nächsten Jahres würden die neuen Beitrittsländer zur Europäischen Union ihre Begehlichkeiten anmelden. Dann müsse man nehmen, was man überhaupt noch retten könne. Bernd Voss, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, sprach sich für eine „multifunktionale Landwirtschaft“ aus, in der vom Grundwasserschutz bis zur Landschaftspflege der Landwirt viele neue Aufgaben finden könne. Auch er warnte davor, die Grünlandbetriebe aus dem Blick zu verlieren. Sie müssten damit rechnen, auch im so genannten Kombimodell „hinten runterzufallen“.

### Spektrum der Möglichkeiten

Ergänzt wurden die agrarpolitischen Fachreferate am Nachmittag um mehrere Beiträge zu Einkommensalternativen für die Landwirte. Minister Müller erklärte, er setze sich dafür ein, dass Mittel aus der Modulation und dem so genannten nationalen Envelope als zusätzliche Einkommensquellen für die Landwirtschaft zur Verfügung stünden. Das Spektrum der Einsatzmöglichkeiten sei breit und reiche von der Landschafts- und Gewässerpflege, die Produktion nachwachsender Rohstoffe bis zu touristischen Dienstleistungen.

Lutz Ribbe, Direktor der umweltpolitischen Abteilung der Stiftung Europäisches Naturerbe, bestärkte Landwirte und Politiker in ihrer Forderung nach einer bundeseinheitlichen Flächenprämie anstelle des Betriebsmodells. Die Flächenprämie gebe den Betrieben mehr Freiheit, produktionsunabhängig zu investieren und zu arbeiten. Den Gesamtumfang der Einnahmen alternativer wirtschaftlicher Tätigkeit auf den Höfen - von der Energieerzeugung über die Direktvermarktung bis zum Urlaub auf dem Bauernhof - bezifferte er auf durchschnittlich 10 Prozent in Deutschland. Andere Länder, wie Österreich oder Finnland, seien wesentlich weiter. Sie kämen auf rund 50 Prozent. Es sei aber Sache der Betriebe, sich diese Möglichkeiten auch in Deutschland zu Nutze zu machen. Die Agrarpolitik könne dafür nur Angebote machen.

Ähnlich äußerte sich Dr. Thorsten Gottschau von der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe. Die Produktion von Energie aus Biomasse sei zwar in den vergangenen Jahren erheblich fortgeschritten. Als echte Einkommensalternative werde sie aber bisher nur von sehr wenigen Betrieben in der Land- und Forstwirtschaft genutzt. Der Landwirt als Energiewirt sei noch die Ausnahme. Dabei seien die Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten außerordentlich vielfältig und würden in vielen Fällen auch öffentlich gefördert. Letztlich müsse aber jeder für sich entscheiden, was für ihn betriebswirtschaftlich sinnvoll sei - pauschale Ratschläge gebe es nicht.

Eindrucksvoll schilderte die Präsidentin des Landfrauenverbandes Schleswig-Holstein, Erika Lenz, die Möglichkeiten, einen Bauernhof auch als touristisches Ziel zu entwickeln und aufzubauen. Nach ihrer Erfahrung, die bis in das Jahr 1966 zurückreicht, sei der Urlaub auf dem Bauernhof eine echte Einkommensalternative. Die Lage Schleswig-Holsteins zwischen zwei Meeren, die vielfältige Landschaft, die zahlreichen Freizeit- und Erlebnisangebote, das Reitwegenetz und das kulturelle Angebot seien ideale Voraussetzungen, um Feriengäste auch längerfristig zu binden. Die meisten Urlauber auf dem Bauernhof seien Stammgäste, die regelmäßig schon am Abreisetag den Urlaub des nächsten Jahres buchten.

Für Umwelt- und Landwirtschaftsminister Klaus Müller gibt es zum Regionalmodell keine Alternative. Es biete - so sein Fazit - mit einheitlichen Prämien für alle Flächen klare Vorteile gegenüber dem Betriebsmodell. Wo Nachbesserungen notwendig seien, werde man sich im Gespräch mit dem Bauernverband auf eine Kompromisslinie verständigen, kündigte er an. Er sehe mit keinem anderen Modell die Chance, eine flächendeckende Landwirtschaft in Schleswig-Holstein zu erhalten und gravierende Struktur- und Einkommensbrüche zu vermeiden.

**Betreff: Re: Anfrage: Vortrag\_Kiel\_MUNL**

**Datum:** Mon, 15 Dec 2003 09:03:28 +0100

**Von:** Gerold Rahmann <gerold.rahmann@fal.de>

**An:** Thomas Voigt <voigt@sn-sh.de>

Lieber Herr Vogt,  
habe Sie meinen Text in ihrer Zeitschrift verwendet? Wenn ja, wäre ich für einen Abdruck bzw. Belegexemplar dankbar.  
Gruss Gerold Rahmann

Thomas Voigt schrieb:

> Sehr geehrter Herr Rahmann,  
>  
> Am vergangenen Montag haben Sie auf der MUNL-Tagung "Zukunftsfelder  
> bestellen - EU-Agrarreform....." über "Entkoppelung und  
> Wettbewerbsfähigkeit..." referiert. Dr. Hemmerling haben Sie bereits die  
> schriftliche Version des Vortrags zugesandt. Da wir uns in unserer  
> regelmäßig erscheinenden Zeitung "Stiftungsland aktuell" in der am 15.  
> Dezember erscheinenden Ausgabe schwerpunktmäßig mit Weidelandschaften  
> und der EU-Agrarstrukturreform beschäftigen, wären wir sehr an der  
> Veröffentlichung ihres Vortrages interessiert. Dies würde in der Rubrik  
> "Standpunkt" in der Form eines Kommentars erfolgen. Wir würden uns  
> freuen, wenn Sie uns das OK für eine Veröffentlichung in der von Ihnen  
> zugesandten Form, vorbehaltlich der MUNL-Zustimmung, genehmigen würden.  
> Vielleicht erleichtert es Ihnen die Entscheidung, wenn ich Ihnen  
> mitteile, dass wir sehr eng mit dem MUNL zusammenarbeiten.

>  
> Vielen Dank im Voraus und freundliche Grüße aus Molfsee  
> Thomas Voigt

> -----  
> Thomas Voigt  
> Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein  
> Eschenbrook 4  
> 24113 Molfsee  
> Tel.: 0431 - 210 90-22 /-90  
> Fax: 0431 - 210 90-99  
> E-Mail: <mailto:voigt@sn-sh.de>  
> [www.stiftung-naturschutz-sh.de](http://www.stiftung-naturschutz-sh.de)

[Gerold Rahmann <gerold.rahmann@fal.de>](mailto:gerold.rahmann@fal.de)

Director and Professor, PD Dr. agr. habil.  
Head of the Institute of Organic Farming (OEL)  
Federal Agricultural Research Centre (FAL)